

# Demografischer

# Wandel



## **SCHRECKGESPENST oder Chance?**

Demografische Entwicklung, Veränderungen, Perspektiven  
Kommunale Beispiele, Genderperspektive, Pflegekonzept  
Altersarmut, Fachkräftemangel, kritische Anmerkungen  
Familien, Schulen, Barrieren

*Liebe Leserin,  
lieber Leser,*

## In aller Munde: Demografischer Wandel

Alexander Geiger

Nach zwei erfolgreichen regionalen Rundbriefen zu den Themenfeldern Gentechnik und Klimawandel haben wir diesmal für das Thema „Demografischer Wandel“ entschieden. Dieses Thema ist zwar in aller Munde, die meisten haben aber nur eine sehr vage, wenn nicht gar keine Vorstellung davon.

Was ist der demografische Wandel und kann man ihn überhaupt als Thema mit regionalem Bezug ansehen? Momentan steht der Begriff „Demografischer Wandel“ für zwei Umstände:

1. Die Geburtenrate liegt dauerhaft unter der Zahl der Sterbefälle
2. Das durchschnittlich erreichte Lebensalter steigt.

Anders als in anderen Regionen Deutschlands haben die Städte und Kreise Baden-Württembergs in ihrer Gesamtheit fast keinen Bevölkerungsrückgang zu erwarten. Aber die Altersstruktur und der kulturelle Hintergrund werden sich ändern. Ein deutlicher Anstieg des Anteils

hochbetagter Personen verlangt ein Überarbeiten unserer bisherigen Pflegekonzepte, die Tatsache dass viele der heute geborenen Kinder mindestens einen Elternteil mit Migrationshintergrund haben verlangt nach verstärkten Integrationsbemühungen. Das sind zwei Aspekte einer Fülle von Aufgaben, die am geschicktesten regional und kommunal gelöst werden können.

Der Demografische Wandel ist kein Tuch mit einheitlichem Muster, das sich übers Land legt. So kann nur ein individueller kommunaler Ansatz (nicht zu verwechseln mit Kirchturmpolitik) die Lösungen erarbeiten, die auch langfristig einen Handlungsspielraum lassen.

„Die künftige Bevölkerungsentwicklung und ihre Auswirkungen sind keineswegs nur als beklagenswertes Schicksal zu werten, sondern es bieten sich Chancen, Altgewohntes zu überdenken und mit Blick auf künftige Entwicklungen zukunftssicher neu zu gestalten“ so schreibt das Statistische Landesamt und meint damit alle Lebensbereiche

von der Kinderbetreuung und dem Bildungsbereich über das Angebot und die Nachfrage nach Arbeitsplätzen, der Raumplanung und dem Erhalt der Natur und Umwelt, dem Verkehrskonzept, der Nahversorgung mit medizinischer Dienstleistung bis hin zu Fragen der sozialen und materiellen Sicherung im Alter. Viele Bereiche, in denen auch grüne Lösungsansätze vorhanden sind und - falls nicht - bitter von Nöten sind.

Einige der genannten Herausforderungen sollen hier beschrieben werden, einige grüne Vorschläge und Konzepte vorgestellt werden. Mit die wichtigste Aufgabe des regionalen Rundbriefs „Demografischer Wandel“ soll es aber sein, den LeserInnen das vermeintliche Schreckgespenst „Demografischer Wandel“ zu entlarven als das, was es wirklich ist:

Der Demografische Wandel ist - richtig eingepackt - eine Triebfeder, um eingefahrene Handlungsweisen zu überarbeiten und weiterzuentwickeln.



# Demografische Entwicklung aus der Genderperspektive

In der Debatte um die demografische Entwicklung in Deutschland, das mit einer Geburtenrate von 1,34 unter dem europäischen Durchschnitt von 1,51 (2005) liegt, wird häufig der Eindruck vermittelt, dass in erster Linie Frauen, insbesondere hochqualifizierte „Akademikerinnen“ für den Geburtenrückgang verantwortlich seien. Veröffentlichungen verschiedener Autoren wie Frank Schirrmacher (er sieht Deutschland in der demografischen Krise und plädiert für einen neuen Familiensinn) und Eva Hermann (sie führt den Geburtenrückgang auf die Emanzipation der Frauen zurück) haben dieses undifferenzierte Bild in der Öffentlichkeit weiter verfestigt.

Doch was ist dran am angeblich weiblichen Gebärstreik?

Zunächst beweist ein Blick in die Geschichte, dass der Geburtenrückgang keineswegs eine Erscheinung der Gegenwart ist, sondern in Deutschland bereits Ende des vorletzten Jahrhunderts eingesetzt hat. Das zahlenmäßige Verhältnis zwischen jung und alt hat in der Vergangenheit sogar stärker und schneller abgenommen, als es jetzt und in Zukunft der Fall sein wird. Dennoch ist der Lebensstandard im letzten Jahrhundert deutlich gestiegen und der Sozialstaat konnte sogar ausgebaut werden.

Eine langfristige Betrachtung der demografischen Entwicklung spricht also eher dagegen, dass der Geburtenrückgang an einer höheren *Qualifizierung* oder der so genannten *Emanzipation* von Frauen liegt. Glaubt man aktuellen Studien zum Thema, sind es die Rahmenbedingungen, die eine Vereinbarung von Elternschaft und Berufstätigkeit erschweren. Frauen sind davon immer noch stärker betroffen als Männer: die Gehaltsdifferenz beträgt im Schnitt nach wie vor 25%. Frauen sind auch weitaus häufiger in schlecht bezahl-

ten Teilzeitjobs tätig. Und die biologisch bedingte zeitliche Begrenzung für eine Schwangerschaft fällt oft mit der so genannten rush-hour des Lebens zusammen, einem Zeitraum, in dem wichtige berufliche und persönliche Entscheidungen getroffen werden müssen.

Frauen, die nicht auf eine verlässliche Beziehung zurückgreifen können, laufen zusätzlich Gefahr, als alleinerziehende Mütter in die Armutsfalle zu gelangen. Durch unterbrochene Erwerbsbiografien zahlen sie zudem weniger in die Rentenkassen ein und können keine Altersvorsorge aufbauen. Die Folge in vielen Fällen ist Altersarmut.

Natürlich ist die Entscheidung für ein Kind grundsätzlich ein komplexer und von vielen Faktoren abhängiger Prozess, und Frauen wie Männer sind in ganz unterschiedlichen Lebenslagen, wenn sie sie treffen. Dabei zeigt sich, dass nicht das Festhalten, sondern gerade das Überwinden überkommener Geschlechterrollen eine Möglichkeit zu sein scheint, dem Trend entgegen zu wirken: In Ländern mit stärker patriarchalischen Strukturen wie Italien, Griechenland oder Spanien ist der Geburtenrückgang höher als in Ländern wie z.B. Schweden oder Finnland, in denen veraltete Strukturen erfolgreich überwunden wurden.

Einige AutorInnen verweisen inzwischen darauf, dass es eine „Demografisierung“ sozialer Probleme gäbe und dass nicht der Geburtenrückgang selbst, sondern die nationalen und globalen Formen sozialer Ungleichheit und Armut als Problem erkannt werden müssen. Mit anderen Worten: es ist nicht allein die demografische Entwicklung die als Ursache für soziale Schief lagen benannt wird, sondern eine ungleiche Verteilung von Kapital, ungleicher Zugang zu Ressourcen und eine zunehmende Ökono-



misierung aller Lebensbereiche, die dann im Umkehrschluss eine Entscheidung für Kinder immer schwerer macht. Menschen, die trotz einer 40 Stunden-Woche auf staatliche Hilfe angewiesen sind, werden sich gut überlegen, eine Familie zu gründen.

Viel zu wenig wird berücksichtigt, dass die demografische Entwicklung auch als Chance genutzt werden kann, alte Strukturen aufzubrechen und zum Positiven zu verändern. Und so hat die Demografiedebatte auch bei uns die ersten politischen Maßnahmen ausgelöst. Durch das Elterngeld – das in einem anderen Zusammenhang allerdings in der Kritik steht, weil es vorwiegend gut verdienende Eltern bevorzugt – ist es selbst im bürgerlichen Lager kein Tabu mehr, dass auch Männer sich in die aktive Vaterrolle begeben und ansatzweise darüber nachdenken, sich vom Alleinernährermodell zu verabschieden. Mit nachlassendem sozialen Druck auf Männer, die ihre Babyzeit einfordern – was früher einem karrieristischen Selbstmord gleichkam – wird vorstellbar, dass eines Tages Männer und Frauen gemeinsam und ganz selbstverständlich die verantwortungsvolle Aufgabe der Reproduktions- und Erziehungsarbeit übernehmen.

>>> weiter S. 4

Auch aus einer anderen Ecke kommt Unterstützung für ein verändertes Rollenverständnis bezüglich Elternschaft: Bei dem sich abzeichnenden Fachkräftemangel wird die Wirtschaft in Zukunft verstärkt auf das Potential von Frauen zurückgreifen müssen. Das wird aber nur funktionieren, wenn im Arbeitsumfeld Rahmenbedingungen herrschen, die auf Schwangerschaften

und Kinderbetreuungszeiten Rücksicht nehmen, Männern und Frauen gleiche Gehälter zahlen und Eltern Erziehungszeiten ermöglichen – unabhängig vom Geschlecht.

Der Genderaspekt, der eine kritische Auseinandersetzung mit sozial konstruierten Geschlechterrollen erfordert, ist auch aus einem weiteren Grund wichtig: Wir leben in einer transformierten Wissens- und

Mediengesellschaft, die nur überleben wird, wenn sie männliches und weibliches Potential gleichermaßen nutzt und zwar in allen Lebensbereichen.

Nur so können Perspektiven entwickelt werden, die auch zu einer Abnahme der Kinderlosigkeit führen, soweit sie in der traditionellen Geschlechterordnung begründet ist.

## > Familienpolitik

Jörg Rupp

Der Geburtenrückgang muss nicht nur als Risiko betrachtet werden, sondern auch als Chance, bisherige Denkweisen zu überwinden. In der Familienpolitik bieten sich hier mehrere Ansatzpunkte, von denen ich zwei kurz anreißen möchte:

### Verbesserung der Kinderbetreuung

Ohne Zweifel sind die Möglichkeiten, Kinder unter drei Jahren „fremd“ betreuen zu lassen, in Stadt- und Landkreis Karlsruhe in den letzten Jahren stetig verbessert worden. Nichtsdestotrotz wird es mit jüngeren Kindern zusehends schwierig. Einige Gemeinden bieten modellhaft Betreuung für Kinder ab einem Jahr an, teilweise bestehen auch private Horte, wobei es nicht sehr vielen möglich sein wird, deren Dienst angesichts sehr hoher Kosten (bei oftmals sehr hoher Betreuungsqualität) in Anspruch zu nehmen. Eine Alternative sind Tagesmütter, wobei bei dieser Betreuungsform durchaus zu kritisieren ist, dass die soziale Komponente, die bei Gruppenbetreuung so wichtig für die Entwicklung des Kindes ist, fast gar nicht zum Tragen kommt. Nichtsdestotrotz ermöglichen Tagesmütter einen sehr flexiblen Betreuungsrhythmus, geben Familien früh die Möglichkeit, Kinder betreuen zu lassen und schaffen dazu parallel zusätzliche Einkommensmöglichkeiten für Frauen, die zu Hause bleiben möchten oder müssen.

Die weitere Verbesserung der Kinderbetreuung ist wichtig, um Fami-

lien die Chance zu geben, Kinder- und Berufswünsche beider Elternteile zufriedenstellend zu verwirklichen. Die neuesten Studien belegen, dass eine qualitativ gute Betreuung die Bildungschancen von Kindern aus bildungsfernen Schichten verbessern kann. Der Ausbau von für die Eltern kostenfreien, qualitativ hochwertigen Betreuungsplätzen muss also voran gehen, gleichzeitig in die Ausbildung der ErzieherInnen investiert werden und diese um eine akademische Komponente ergänzt werden.

### Rollenbilder

Deutsche Standardfamilie = Mann arbeitet, versorgt die Familie, Frau betreut Kinder (bis zu drei Jahren) und arbeitet dann „nebenher“ und verdient etwas „dazu“.

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie muss nicht nur akzeptiert, sondern politisch gewollt sein. Solange die arbeitende Frau einen Hauch von **Muss** mit sich trägt und die Hausfrauenehe als Normmodell betrachtet wird, kann sich wenig ändern. Erfreulicherweise sind die aktuellen Zahlen über Väter, die die Vätermonate beim Elterngeld in Anspruch nehmen, gestiegen - die Zahl der Männer, die eine Baby-pause einlegen, hat sich seit Jahresbeginn fast verdreifacht. Dabei fällt allerdings auf, dass viele Männer diese Zeit **parallel** zu den Müttern nehmen, also beide zu Hause bleiben. Der Übergang der Hauptverantwortung an die Männer während dieser Zeit ist damit aber nicht erreicht – und wohl politisch auch

(noch) nicht gewollt. Es bleibt ein exotisches Modell, ist jedoch mit der Reform des Erziehungsgeldes – das darüber hinaus angesichts der Versorgungslücke für Geringverdiener aufs Heftigste zu kritisieren ist – während eines kurzen Zeitraums finanziell machbarer geworden, dass Männer (allein) zu Hause bleiben.

Dass zur Überwindung der Rollenbilder viele weitere Faktoren gehören, ist dabei unstrittig. So zeigt eine aktuelle britische Studie: „Frauen sind eher bereit, weitere Kinder zu haben, wenn sie die Hausarbeit nach der Geburt des ersten Kindes mit ihrem Mann teilen können.“ Und die unsichere Situation nach Trennungen verbunden mit der Angst, die Kinder verlieren zu können, lässt viele Männer den Schritt zum Kind nur nach reiflicher Überlegung – und damit spät – gehen.



# Die Demografie wird's richten: Die Basisschule ist die Schule der Zukunft

Renate Rastätter, MdL



Das dreigliedrige Schulsystem ist ein Auslaufmodell. Spätestens seit der ersten PISA-Studie aus dem Jahr 2001 steht fest, dass wir Deutschen die Weltmeister der sozialen Ungerechtigkeit sind. Prof. Schleicher, der PISA-Koordinator der OECD, sieht in der frühen sozialen Auslese der Kinder nach nur vier gemeinsamen Grundschuljahren eine der Hauptursachen für die soziale Schieflage des deutschen Bildungswesens. Tatsächlich zeigt die internationale Grundschulstudie IGLU, dass beim gemeinsamen Lernen die Leistungen der deutschen Grundschüler Spitze sind und dass die Kinder aus bildungsfernen und armen Familien noch gut mithalten können. Die Schere bei den Leistungen und der Bildungsbeteiligung geht erst nach der rigorosen Sortierung der Kinder in drei bzw. vier hierarchisch gegliederte Schulformen auseinander. Der Blick über den Suppentellerrand Deutschlands zeigt eindrucksvoll, dass die erfolgreichen Länder wie Finnland und Kanada ihre Kinder mindestens bis zum Ende der neunten Klasse gemeinsam mit- und voneinander lernen lassen. Der positive Blick auf jedes Kind, auf seine Stärken und Potenziale, sowie der Glaube, dass jedes Kind erfolgreich lernen kann, wenn es individuell gefördert wird, bilden dort die Basis der pädagogischen Arbeit an jeder Schule.

Jedes Kind ist willkommen, keines wird aussortiert, keines bleibt sitzen, es gibt keinen Notendruck und keine Versagensängste in der Schule.

„Weshalb haben wir eigentlich solche Angst vor einem längeren gemeinsamen Lernen?“ fragte deshalb auch die ehemalige Bundestagspräsidentin und Pädagogikprofessorin Rita Süßmuth bei der Anhörung der Fraktion GRÜNE im Landtag im Sommer 2007 in Stuttgart, und sie fügte hinzu: „Aber die Demografie wird's schon richten“. Und in der Tat, wenn wir uns die Entwicklung der Schülerzahlen bis zum Jahr 2025 anschauen, wird klar, dass auch der dramatische Schülerrückgang Land und Kommunen zwingen wird, schrittweise neue Schulmodelle zuzulassen. Die Schülerzahlen an den Hauptschulen werden um durchschnittlich 33% zurückgehen und zwar bei gleich bleibenden Übergangsquoten. Bereits heute haben rund 300 Hauptschulen weniger als 85 Schülerinnen und Schüler und erfüllen nicht einmal mehr die Mindeststandards der Landesregierung. Dabei müssen wir davon ausgehen, dass der (berechtigte) Druck der Grundschulleitern, eine Empfehlung für eine höhere Schulart zu erhalten immer größer wird. Bereits heute erhalten 44% der Kinder in der vierten Klasse eine Empfehlung für das Gymnasium.

Rund 6% der Eltern entscheiden sich trotzdem für die Realschule, weil sie Angst haben, dass ihr Kind in der Eingangsstufe des G 8 den Anschluss nicht schaffen wird. Aber in die Hauptschule geht niemand freiwillig. Die Quote der „Haupt“-schüler ist auf 27% gesunken, fast 50% davon haben einen Migrationshintergrund. Zeit versetzt werden auch die Schülerzahlen an Realschulen und Gymnasien einbrechen. Fazit: Wir können uns aus bildungspolitischen und demografischen Gründen das drei- bzw. viergliedrige Schulsystem nicht mehr leisten.

Die Landesregierung verharrt aber in alten Denkmustern und nimmt damit ein Sterben kleiner Schulstandorte im ländlichen Raum billigend in Kauf. Es ist unsere Aufgabe als Grüne, die Perspektive und Vision einer künftigen Bildungslandschaft in Baden-Württemberg aufzuzeigen und Umsetzungsvorschläge zu machen. Wir setzen auf neue Schulmodelle und ermutigen Kommunen und Land, Anträge mit innovativen und integrativen Konzepten zu stellen, um möglichst viele attraktive Schulstandorte zu erhalten. Unsere Basisschule ist eine Schule der Inklusion. Sie kennt keine Differenzierung in Leistungskurse wie z. B. die Gesamtschule, sondern erstellt individuelle Förderpläne für jedes Kind. Im Landtag befördern wir die Debatte durch Einbringen von Schulgesetzentwürfen, mit denen wir die Basisschule als neue Schulform verankern wollen. Landesweit gibt es längst einen Konsens, dass unser Schulsystem aus dem Ständestaat des 19. Jahrhunderts reformiert werden muss. Der Schulleiterbrief der rund 100 Schulleiter aus Oberschwaben zur Überwindung des dreigliedrigen Schulsystems und die darauf folgende Welle der Solidarität aus allen Regionen des Landes zeigen eindrucksvoll, dass die Zeit für den Wechsel reif ist. Der Beton bröckelt. Auch in Baden-Württemberg.

## Weibliche Altersrisiken – Altersarmut geschlechtergerecht verhindern

Zusammen mit dem Kopfstand der klassischen Alterspyramide mit allen vieluntersuchten Konsequenzen des demografischen Wandels stellt die in weiten Bereichen noch immer zu verzeichnende Schiefelage der Geschlechtergerechtigkeit in unserer Gesellschaft eine immense Herausforderung und gleichzeitig Chance dar, zukunfts-feste Rahmenbedingungen, Modelle und Strukturen einer eigenständigen Existenzsicherung für jeden Menschen in unserer Gesellschaft aufzubauen - und zwar für ein ganzes Leben.

Obwohl sich auch in Baden-Württemberg in den letzten Jahrzehnten einiges verbessert hat und viele Mädchen und Frauen heute selbstbewusst ihren Platz im Beruf und im öffentlichen Leben erobert haben, werden Wirtschafts- und Arbeitswelt wie Politik und Gesellschaft nach wie vor stark von traditionellen Geschlechterrollen bestimmt. Frauen leisten weiterhin den Großteil der Familien- und Erziehungsarbeit. Betreuungs- und Pflegeleistungen können aufgrund fehlender Kindertagesbetreuung und nicht finanzierbarer öffentlicher Pflege oft nur durch Unterbrechung oder Ausstieg aus dem Beruf geleistet werden.

Fast 70 Prozent aller Frauen in Baden-Württemberg zwischen 15 und 65 Jahren sind heute erwerbstätig. Sie verdienen aber durchschnittlich ein Viertel weniger als Männer und haben trotz gleicher oder besserer Qualifikation geringere Karriereöglichkeiten. In Führungspositionen sind Frauen mit 18,3 Prozent in BW nach wie vor weit unterrepräsentiert. Erwerbstätige Mütter arbeiten ganz überwiegend in Teilzeit, und nehmen ganz selbstverständlich den Karriereknick oder einen kompletten Ausstieg aus dem Berufsleben hin. Frauen stellen zudem mit 76 Prozent einen überproportionalen Anteil an den so genannten Niedrig-

löhnen, arbeiten in befristeten Arbeitsverhältnissen oder Leiharbeit, die keine existenzsichernde Beschäftigung ermöglichen. Eine eigenständige Zukunftsplanung wird zunehmend unsicher. Sie erwirtschaften mit diesen Tätigkeiten keinerlei Ansprüche auf Rentenleistungen im Alter. Darüber hinaus erhalten Frauen häufig kein Arbeitslosengeld II, weil aufgrund der Bedürftigkeitsprüfung das Einkommen des Ehegatten oder Partners in eheähnlicher Gemeinschaft angerechnet wird. Eine finanzielle Unabhängigkeit der Frauen wird dadurch untergraben.

In Folge sind Frauen im Alter gegenüber Männern stärker armutsgefährdet. Ihre eigenständigen Rentenansprüche und Anwartschaftszeiten sind häufig unter- oder abgebrochen und basieren auf in der Regel geringen Einzahlungen in die gesetzliche Rentenversicherung. Im Schnitt zahlen Frauen 25 Jahre lang (Männer 45 Jahre) in die Rentenkasse ein. Entsprechend niedriger fällt ihre Rente aus.

Nach offiziellen Angaben bezogen Frauen Ende 2006 im Monat durchschnittlich 649 Euro aus der gesetzlichen Rentenversicherung, 307 Euro weniger als Männer. Rund 80 Prozent aller heutigen Rentnerinnen müssen sogar mit weniger als den durchschnittlichen 650 Euro im Monat auskommen. Viele haben sich auf die Absicherung durch den Ehepartner und den Staat verlassen. Staatliche Leistungen befinden sich angesichts lückenhafter Pensions- und Rentenkassen kontinuierlich in einem Abwärtsstrudel, die Scheidungsrate ist mit ca. 36 Prozent aller Ehen ungebrochen hoch. Hinzu kommt, dass Frauen statistisch etwa sechs Jahre länger leben als Männer und, sofern sie keine eigene Rente erhalten, auf Witwenrente angewiesen sind. Diese beträgt jedoch im günstigsten Fall nur 55 Prozent der Rente des Ehemanns.

Frauen sind nicht qua Geschlecht

arm. Aber Frauen unterliegen aufgrund der traditionellen Arbeitsteilung höheren Armutsrisiken als Männer. Insgesamt hat sich die wirtschaftliche Situation von Frauen zwar deutlich verbessert, die Prognosen für die kommenden drei Jahrzehnte müssen jedoch alarmieren. Da unser gesamtes Sozialsystem derzeit an Erwerbsarbeit geknüpft ist, haben geringe Einkommen, Arbeitslosigkeit und die Unterbrechung der Erwerbsarbeit durch Familienarbeit weitreichende negative Folgen. Die Abdrängung in die Sozialhilfe trifft in der Regel Frauen, die getrennt lebend sind, alleinerziehend oder geschieden. 75 Prozent der heute 35- bis 50-jährigen Frauen haben demnach eine Rente unter dem heutigen Hartz-IV-Niveau zu erwarten. Aufgrund der verschärften Zumutbarkeitsregelung und der Einführung von Mini-Jobs besteht die große Gefahr, dass viele heute noch sozialversicherungspflichtige Jobs (vor allem im Pflegebereich) in Nebenerwerbstätigkeiten umgewandelt werden. Dies baut professionelle Frauenarbeitsplätze ab, dequalifiziert und hat sinkende Einkommens- und Rentenansprüche zur Folge.

Nur mit einer solidarisch finanzierten Alterssicherung ist eine existenzsichernde Rente für alle aufzubauen. Dazu muss das Rentenversicherungssystem von der Norm der lebenslangen Vollzeitbeschäftigung Abschied nehmen. Frauen müssen endlich eine existenzsichernde Rente bekommen. Die Pflege von Angehörigen muss als pflichtversicherte Zeit anerkannt werden.

Kindererziehungszeiten müssen mit dem Durchschnittsentgelt aller Versicherten abgegolten werden. Die Anrechnung von Vermögen, von Kapitallebensversicherungen, Betriebs- oder Riesterrenten, die zur eigenen Altersabsicherung abge-

geschlossen wurden, von denen, die überhaupt etwas zum Sparen haben, muss bei der Inanspruchnahme von ALG II in der jetzigen Form zurückgenommen werden.

Existenzsichernde Mindestlöhne müssen als Rahmenbedingung gesichert werden. Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit muss ebenso selbstverständlich werden wie die Anrechnung von Ausbildungs-, Erziehungs- und Pflege- bzw. Fürsorgezeiten beim Rentenanspruch.

Wir brauchen einen Entwurf für die zweite und die dritte Lebensphase, der Existenz sichert, Altersarmut vorbeugt, ernst macht mit Geschlechtergerechtigkeit und Chancengleichheit in Familie und Beruf und der die Verantwortung für ein menschenwürdiges Altern dem Einzelnen und der Solidargemeinschaft gleichermaßen zuweist.

Existenzsicherung und Teilhabe, gegenseitige Unterstützung, Auf- und Ausbau von Netzwerken auf

kommunaler Ebene, alternative Wohn- und Lebensformen in Mehrgenerationenhäusern oder AltwGs mit angegliederter Pflegestation – Ideen und Projekte werden bereits gelebt. Es muss gelingen, Maßnahmen zu entwickeln und Quellen zu erschließen, mit denen sich über die bestehende Altersgrundsicherung hinaus Altersarmut finanziell wie auch sozial vermeiden lässt.



Andreas Hammer

## > Führt der demografische Wandel zur Altersarmut?

Demografischen Wandel gibt es immer wieder. Neu ist seit einigen Jahren das damit verbundene Katastrophenszenario. Die Rede über den demografischen Wandel erlaubt in der Verarbeitung eine Politik mit dem demografischen Wandel. Es werden prognostizierte Krisen in 2050 genutzt, um heute Veränderungen vorzunehmen, die vor allem die sozialen und territorialen Ungleichheiten verstärken.

Vermutet wird oftmals, dass aufgrund des demografischen Wandels die Altersarmut zunehmen wird. Es wird dabei angenommen, dass immer weniger Jüngere die Renten für immer mehr Ältere nicht aufbringen können. Die zunehmende Altersarmut ist allerdings nicht zwangsläufig mit dem demografischen Wandel verbunden, sondern er wird zu einer Politik instrumentalisiert, die zu einer zunehmenden Altersarmut bereits heute geführt hat. Werden bei steigenden Energie- und Lebenshaltungskosten die Regelsätze im SGB XII (Grundsicherung für Nichterwerbsfähige) nur minimal erhöht, nimmt die Altersarmut zu. Das ist bereits heute der Fall. Eine Zunahme der Altersarmut wird sich auch daraus ergeben, dass heute immer mehr Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen beschäftigt sind, weshalb sie im Alter nicht ohne staatliche Unterstützung auskommen werden. Davon sind vor allem Frauen betroffen.

Auch diese Altersarmut hat nichts mit dem demografischen Wandel zu tun. Der prognostizierte Generationenkrieg ist keiner, denn sowohl große Gruppen von Jüngeren wie Älteren, wenn auch zeitlich versetzt, sind gleichermaßen von Altersarmut betroffen.

Würde die Steuerhinterziehung in Fällen wie des zurückgetretenen Postbank-Chefs Zumwinkel konsequent verfolgt werden, wäre die Finanzierung einer bedarfsgerechten Rente sichergestellt. Eine solche Strategie ist wesentlich einfacher politisch umzusetzen als eine Beeinflussung der Geburtenrate. Eine gerechte Steuerpolitik wird allerdings nicht verfolgt.

Stattdessen wird angesichts der drohenden Altersarmut eine Politik des aktiven und produktiven Alterns propagiert. Die Politik fordert die „Aktivitätspotentiale“ des Alters ein und nimmt diese in die Pflicht (Fördern und Fordern). Beispielhaft zeigt dies der 5. Altenbericht der Bundesregierung mit dem Titel „Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft“.

Das Alter wird zu einer Quelle wirtschaftlicher und sozialer Ressourcen, die es im Interesse der Allgemeinheit zu nutzen gilt. Dazu gehören beispielhaft Erwerbsarbeit, Freiwilligenarbeit im Dienstleistungsbereich oder bestimmte unbezahlte Arbeiten im familiären und sozialen Bereich. Dies ist kritisch zu hinterfragen.

Es wird unterstellt, dass das Alter eine Zeit verlängerter Aktivität und Produktivität ist. Dieses Programm blendet Unterschiede an Lebenslagen, Schicht, Geschlecht und ethnischer Zugehörigkeit vollständig aus. Dies bleibt nicht ohne Folgen für die gesellschaftliche Konstruktion der Phase des alten, gebrechlichen, abhängigen und hilfsbedürftigen Alters. Die pflegebedürftigen Alten sind weniger Bürger mit einem Recht auf ein menschenwürdiges Leben denn Kunden einer Altenpflegeindustrie - sofern ihnen nicht wegen Altersarmut die finanziellen Mittel fehlen.

Die Förderung des aktiven und produktiven Alters ist machstrukturiert und besitzt Machtwirkungen. Notwendig ist wegen dieser Ambivalenz eine Analyse über Chancen, Risiken, Freiheiten und Einschränkungen, die plurale Lebensstile, Schicht, Geschlecht oder andere Faktoren berücksichtigt. Sonst droht eine Altersarmut nicht nur der finanziellen, sondern auch der gesellschaftlichen Art.

Die demografische Herausforderung besteht in der Forderung nach einer altersgerechten Gestaltung von Arbeits- und Lebenswelt. Die Politik müsste die gesellschaftliche Vielfalt anerkennen und die gesellschaftlichen Chancen umverteilen. Dann profitieren die Jüngeren wie die Älteren gleichermaßen und nicht nur eine kleine privilegierte Minderheit.

# Demografischer Wandel - SCHRECKGESPENST oder Chance?

Deutschlands Bevölkerung schrumpft; das weisen die jüngsten Zahlen des Statistischen Bundesamts für die Bevölkerungsprognose erneut aus. In Ostdeutschland wird die Bevölkerung bis 2020 um 31% zurückgehen, von heute 13,3 auf dann 9,1 Millionen Menschen. Aber auch im Westen werden 14% weniger Menschen leben. Auch der Altersaufbau der Gesellschaft verändert sich: In Ostdeutschland kommen heute auf 100 Personen zwischen 20 bis 65 Jahren – also Erwerbsfähige - 35 Ältere, dieses Verhältnis wird sich bis 2050 auf 100 zu 80 mehr als verdoppeln. Im Westen wird eine annähernde Verdoppelung dieses Indikators auf niedrigerem Niveau von 32 auf 62 erwartet. Unter diesen alten Menschen wird der Anteil der so genannten Hochbetagten (über 80 Jahre) dreimal so hoch sein wie heute.

Während die demografische Entwicklung seit vielen Jahren in ihren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die sozialen Sicherungssysteme diskutiert wird, findet eine öffentliche Debatte um notwendige Anpassung und Umbau der Infrastrukturen an den demografischen Wandel bisher nicht statt. Politik, vor allem in den Kommunen, agiert vielerorts noch so, als würden die Anzeichen auf dauerhaftes Wachstum stehen.

Infrastrukturen zeichnen sich in der Regel durch ihre Langlebigkeit aus. Dies gilt insbesondere für die technische Infrastruktur, zu der man unter anderem Verkehrswege, Gebäude und Leitungsnetze zählt, die häufig eine Lebensdauer von 40 Jahren und mehr haben. Was heute gebaut wird, muss also Jahrzehnte lang betrieben und unterhalten werden um sich zu rechnen. Dies gilt natürlich genauso für die soziale Infrastruktur, zu der Bildungs- und Versorgungseinrichtungen wie Schulen und Krankenhäuser zäh-

len. Funktionsfähige Infrastrukturen bilden die Basis für soziale und kulturelle Teilhabe, Entwicklungschancen und wirtschaftliche Entwicklung. Deswegen erfordern Infrastrukturen eine vorausschauende nachhaltige Planung, die soziale, ökonomische und ökologische Folgen abwägen muss.

Ohne eine nachhaltige und demografiefeste Anpassung der technischen Infrastrukturen an die Bevölkerungsentwicklung werden die Kosten für die Bürgerinnen und Bürger unermesslich wachsen. Ein Leitungssystem das einmal für 25.000 Menschen konzipiert war, in einem Stadtviertel in dem nur noch 10.000 Menschen leben, muss genauso unterhalten und gepflegt werden, wie wenn es voll ausgelastet wäre. Ein öffentliches Verkehrsangebot in einer schrumpfenden Gemeinde kann zwar das Angebot ausdünnen, es bleiben aber die so genannten Remanenzkosten - hohe fixe Kosten, die für die Bereitstellung des öffentlichen Verkehrs anfallen, völlig unabhängig davon wie häufig tatsächlich gefahren wird. Heute gilt es zusätzlich die Herausforderungen altengerechter Infrastruktur nicht zu vernachlässigen. Auch in heute noch so genannten Wachstumsregionen wird die Bevölkerung insgesamt altern.

Der demografische Wandel, der vielfach nur als Bedrohung für unsere Gesellschaft wahrgenommen und diskutiert wird, bietet durchaus Chancen, wenn die Weichen richtig gestellt werden. Attraktive Städte werden weitaus weniger Bevölkerung verlieren und von einem Trend profitieren, der sich vielerorts schon andeutet – die „ReUrbanisierung“. Die Entwicklung der ökologischen Innenstadt, einer Stadt der kurzen Wege, ist besonders unter dem Aspekt altengerechter Infrastruktur ein Gewinn nicht nur für ältere Menschen, sondern gleichermaßen für Menschen mit Kin-

dern, also ein Schritt zur kinderfreundlichen Stadt. Die „grüne Stadt“ mit mehr Freiräumen und qualitativ hochwertigen Erholungsräumen kann durch das Aufholen an Lebensqualität das Leitbild vom „Häuschen im Grünen“ ablösen. Der Anspruch altengerechten Wohnens und Lebens genauso wie die Anpassung von Infrastrukturen bieten weite wirtschaftliche Möglichkeiten z.B. für die lokale Bauwirtschaft. Regionen wie Ostdeutschland, die uns eine Entwicklung vorleben die in vielen anderen Regionen Europas und der Welt nachvollzogen werden wird, kann hier als weltweites „Entwicklungslabor“ wegweisend sein und Trends setzen.

Ältere Menschen mit ihrem steigenden Bevölkerungsanteil und ihrer im Gegensatz zu früheren Jahrzehnten länger anhaltenden Gesundheit und dadurch kulturellen Interessiertheit werden zunehmend eine der wichtigsten touristischen Zielgruppen. Tourismusregionen die das im Blick haben, können von dieser Entwicklung profitieren. Dabei spielen die Entscheidungen für touristische Infrastrukturmaßnahmen eine große Rolle. Touristische Regionen sind zukunftsfest, wenn bei Investitionen Barrierefreiheit, gesundheitsbezogene Aspekte, naturnahe Angebote und die Funktionstüchtigkeit des ÖPNV berücksichtigt werden.

Der demografische Wandel bietet sich schließlich geradezu an, drängende Umweltprobleme endlich zu lösen. So bietet eine intelligente Anpassung gebauter Infrastrukturen an den Bedarf die Möglichkeit, den Flächenverbrauch einzudämmen und über die Zwischenstufe eines auf 30 Hektar pro Tag in 2020 reduzierten Flächenverbrauchs (gegenüber 114 Hektar pro Tag heute) bis 2030 zu einem ausgeglichenen Flächensaldo zu kommen. Diese Entwicklung kann durch unter-

schiedliche Maßnahmen von Anreiz- und Sanktionsmechanismen befördert werden.

Die Gestaltung der Folgen des demografischen Wandels ist eine gesellschaftliche Aufgabe für das ganze Land. Es darf nicht zu einer Abwärtsspirale in Schrumpfungregionen kommen, von denen sich prosperierende Regionen abkoppeln. Dazu braucht es eine ehrliche und kritische Überprüfung bisheriger politischer Ansätze. Der demografische Wandel wird sich in allen Bereichen des öffentlichen Lebens niederschlagen und damit bisherige Lebensgewohnheiten infrage stellen. Das im Grundgesetz verankerte Prinzip der „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ unter dieser Entwicklung definiert heißt: Gleichwertige Lebensverhältnisse sind nicht identische Lebensverhältnisse. Wer sich für ein Leben entweder in einem urbanen Zentrum oder im ländlichen Gebiet entscheidet, muss wissen, dass er sich damit auf jeweils unterschiedliche Lebensumstände mit spezifischen Vor- und Nachteilen einlässt.

Gleichwertigkeit muss aber heißen: gleichermaßen gerechte Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben. Die klassische öffentliche Daseinsvorsorge muss gerade in schrumpfenden Regionen neu diskutiert werden. Deswegen gilt es neue flexible Lösungen zu entwerfen, z.B. den Öffentlichen Nahverkehr von einem starren Buslinien-Angebot zum flexiblen bedarfsgesteuerten Angebot zu entwickeln; vielfach Leistungen über das Internet anzubieten und dezentrale Versorgungsanlagen aufzubauen statt an alten teuren Strukturen festzuhalten.

Beim Straßenbau muss die Priorität auf den Erhalt bestehender Infrastruktur gelegt werden. Neu oder ausgebaut wird nur dann, wenn ein Bedarf für die gesamte Lebensdauer der Infrastruktur nachgewiesen werden kann. Grundsätzlich müssen Neubaumaßnahmen von großen und kostenintensiven Ver- und Entsorgungsnetzen und zentralen Anlagen vermieden werden. Durch



Anpassung und Rückbau können Effizienz- und Wirkungsgrade erhöht werden. Rückbau wird an vielen Orten notwendig sein. Sowohl die Dimensionierung der Infrastruktur als auch der Bedarf einzelner Bestandteile müssen vor dem Hintergrund der kommunalen und regionalen Leitbilder überprüft werden. In der Versorgungs- und Entsorgungswirtschaft müssen mehr und häufiger dezentrale Lösungen angewandt werden. Technische Möglichkeiten z.B. Regen- und Grauwassernutzung dafür gibt es längst. Der Anschluss- und Benutzungszwang für die Abwasserentsorgung, der durch die jeweiligen Bundesländer geregelt wird, müsste im Licht der neuen Entwicklung überprüft und gegebenenfalls abgeschafft werden.

Ein Blick auf dünn besiedelte Gebiete zum Beispiel in Nordeuropa zeigt, dass das alles ohne Einbußen an Lebensqualität funktionieren kann. Abnehmende Bevölkerungszahlen und attraktive Strukturen der Daseinsvorsorge lassen sich aber nur ins Gleichgewicht bringen, wenn wir als Gesamtgesellschaft zu räumlichen Konzentrationsprozessen bereit sind, die selbst ein Auswachsen und eine

Aufgabe von Dörfern und Gemeinden – gestaltet in einem demokratischen und sozialverträglichen Prozess - mit einschließen. Die Handlungsmöglichkeiten für Politik, in diesem Sinn weiterhin gleichwertige Lebensverhältnisse anzustreben und nachhaltig auf die Herausforderungen des demografischen Wandels bei der Infrastrukturplanung zu reagieren, sind gegeben, auch wenn sie heute vielfach (noch) nicht genutzt werden. Ebenso müssen natürlich integrierte Konzepte zur Gestaltung der sozialen Infrastruktur wie Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Rettungsdienste umgesetzt werden um Teilhabe und Chancengerechtigkeit herzustellen und zu bewahren.

Der demografische Wandel ist nichts was uns eines Tages unerwartet überfällt. Er ist absehbar und relativ berechenbar. Wenn die Politik sich nicht allzu schwerfällig darauf einlässt dieses Wissen allen Planungen zugrunde zu legen, kann er sich vom Schreckgespenst der überalterten Gesellschaft und entleerten Innenstädte zu einer positiven Vision einer nachhaltig planenden und agierenden Gesellschaft wandeln.

## ➤ Reaktionen auf den demografischen Wandel im Landkreis Rastatt?

Hans-Peter Behrens

Stellen sich der Kreis und die Kommunen den Herausforderungen des demografischen Wandels?

Der Kreistag in Rastatt bekam Mitte 2006 einen ersten Bericht zur demografischen Entwicklung im Landkreis vorgelegt. Daraufhin erhielt die Verwaltung den Auftrag, Handlungskonzeptionen auszuarbeiten, wie eine wirksame Anpassung an die Entwicklung erzielt werden kann. In einem Zwischenbericht wurden verschiedene Handlungsfelder z.B. für Jugendliche, Erwerbstätige, Senioren, Infrastruktur, Gesundheit und Städtebau aufgezeigt. In weiteren Schritten wird

eine Prioritätenliste mit konkreten Leuchtturmprojekten, Finanz- und Zeitplanung erstellt.

Der 2004 gegründete Kreis-seniorenrat hat sich als Schwerpunkt dem seniorenfreundlichen „Service“ verschrieben. In diesem Rahmen wurden im Juli 2007 die Stadt Lichtenau zur Seniorenfreundlichsten Stadt im Kreis gekürt. Lichtenauer Geschäfte erhielten Aufkleber, die sie als seniorenfreundlich auswiesen.

Seit September 2007 betreibt die Gemeinde Forbach im Murgtal einen Generationentreff. Dieser ist an zwei Vormittagen und einem Nach-

mittag pro Woche für Jung und Alt geöffnet. Zu unterschiedlichen Terminen wird er als Anlaufstelle bei verschiedenen Fragen und Problemen wie z.B. Unterstützung bei Behördengängen oder als Kontaktstelle für neu zugezogene Familien angeboten. Dienstagnachmittag ist das Café des Generationentreffs geöffnet, bei dem sich Mütter, Väter, Omas, Opas, Senioren und Jugendliche zum offenen Meinungsaustausch treffen können.

Also - es gibt sie die guten Ansätze. Hoffentlich werden viele weitere Folgen.

Inge Brake-Zinecker

## ➤ Cap-Markt: Lösung der Versorgungskrise im ländlichen Raum? Selbstständig Einkaufen - Lebensqualität für SeniorInnen

Gemeinden sollten auf die Belange älterer Menschen bei der Planung von Versorgungsstrukturen eingehen, um ihnen möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. In kleineren Gemeinden tun sich bereits heute große Lücken auf bei der Versorgung mit den Dingen des täglichen Bedarfs, so dass dieser vor Ort nicht mehr oder nur teilweise gedeckt werden kann.

Am Beispiel des Cap-Marktes in Graben-Neudorf möchte ich aufzeigen, wie man die Versorgung sichern und zugleich Arbeitsplätze für Menschen mit Handicap schaffen kann.

### **Bessere Versorgung durch einen Cap-Markt**

Graben-Neudorf schien bestens versorgt, als sich in der Bevölkerung Klagen vernehmen ließen, nachdem wieder ein Markt im Ort seine Pforten schloss. Eine Initiative der Grünen im Gemeinderat, sowie die Bürgerinitiative zur Schaffung eines Cap-Marktes kamen nahezu zeitgleich ins Rollen.

Die Lebenshilfe, die viele Behinderteneinrichtungen unterhält und andernorts, wie z.B. in Karlsruhe Cap-Märkte betreibt, wurde ange-

fragt. Außerdem wurden eine Unterschriftensammlung in der Bevölkerung durchgeführt, um die Forderungen zu untermauern und Kontakte mit Gemeindeverwaltung und Gemeinderat aufgenommen. Die BI war sehr aktiv und erfuhr Unterstützung von der politischen Gemeinde.

Nicht ganz ein Jahr später (23.8.06) wurde der Cap-Markt eröffnet und von der Bevölkerung gut angenommen. Allerdings waren verschiedene Hürden auf diesem Weg zu nehmen. Die Förderung der Arbeitsplätze für die behinderten Beschäftigten musste mit dem Landratsamt geklärt werden und zuletzt bedurfte es noch der Bürgerschaft durch einen örtlichen Industriellen, der sich dankenswerter Weise für die Sache einsetzte, um den Markt zu ermöglichen.

Die Gemeinde durfte diese Bürgerschaft nicht übernehmen – wegen der Gefahr der Wettbewerbsverzerrung. Mitbürger mit Handicap haben jetzt einen Arbeitsplatz erhalten und Senioren sind nicht auf die Mit-

hilfe ihrer Angehörigen angewiesen, um ihren persönlichen Bedarf zu decken. Nach zweijährigem Betrieb steht im Sommer 2008 die Idee wieder auf dem Prüfstand. Nur wenn die Zahlen stimmen, kann es weiter gehen.

Die Bürger der Gemeinde jedenfalls sind sehr froh über diese Möglichkeit, im Nahbereich einzukaufen und sich zu treffen, den Kontakt mit behinderten Menschen täglich selbstverständlich zu haben und die gute Atmosphäre des Ladens zu spüren. Lieferservice gibt es selbstverständlich auch.

Nicht nur Senioren, auch viele andere Bürger profitieren von dem wohnumfeldnahen Lebensmittelladen.



# Wie wohnt und wie bewegt sich die alternde Gesellschaft?

Andrea Lindlohr, PB

## Wann werden wir weniger?

Das weiß heute niemand. Die sogenannten Bevölkerungsvoraberechnungen folgen bestimmten Annahmen, und je kleiner der geografische Raum ist, desto spekulativer sind sie. Denn die Wanderung spielt eine größere Rolle als die Geburten. 2001 hatte Baden-Württemberg eine Nettozuwanderung von 69.000 Personen, 2005 nur noch von 18.000. Dies liegt zum einen an Zu- und Abwanderungen aus dem Ausland, die jeder von uns vor Ort erlebt hat: Zum Beispiel mit den Bürgerkriegsflüchtlingen aus Bosnien und der entsprechenden Welle an Rückzügen und (schlimmen) Abschiebungen.

## Regionale Entwicklung

Wichtiger ist die innerdeutsche Zuwanderung, und die hängt entscheidend an der regionalen wirtschaftlichen Entwicklung. Die Leute ziehen zu den Arbeits- und auch Studienplätzen. Ob aber Daimler mit besseren, sparsameren Autos für Zuwanderung in die Region Stuttgart sorgen wird, die IT-Branche in den Raum Karlsruhe oder die Görlitzer in Zukunft bei sich eine Beschäftigung finden, ist offen. Wobei sich durchaus im Land ‚Gewinnerregionen‘ wie Karlsruhe und der Bodenseeraum oder ‚Verliererregionen‘ wie Ostwürttemberg abzeichnen.

Das Statistische Landesamt hat inzwischen seine Zuwanderungserwartung bis 2025 von 38.000 Personen jährlich auf 30.000 reduziert. Demnach schrumpfen wir ab 2012. Und mit der Begründung, dass das zu optimistisch ist, ziehen wir Grüne zum Beispiel in der Region Stuttgart gegen zu hohe Flächenausweisungen zu Felde.

## Älter werden wir gewiss

Dass die Bevölkerung älter wird, ist klar, denn die Gründe dafür bleiben bestehen: Es gibt weniger Junge als früher, es gibt mehr Alte und die durchschnittliche Lebenserwartung



steigt. Der Anteil der über 60-jährigen im Land lag 1950 bei 14%, heute bei 24%, und für 2030 sind 35% realistisch.

## Neues Wohnen

Da denkt der aufgeschlossene Grüne natürlich an das wichtige Thema barrierefreies Bauen und an die Vorzeigeprojekte zu neuen Wohnformen: Ein Mehrgenerationenhaus wie in meiner Straße in Stuttgart mit Kita, Alten-WGs und sozialen Diensten oder ein Bauträgerprojekt aus mehreren Generationen mit Gemeinschaftsraum und dem Bekenntnis zur gegenseitigen Unterstützung. Wir Grüne sollten helfen, diese Projekte zu ermöglichen: Im Land mit einem besseren Wohnraumförderprogramm, das solche Formen berücksichtigt und nicht nur das traute Eigenheim. Und in den Kommunen mit einem Auge darauf, auf welchen Flächen sie verwirklicht werden können.

## Zurück in die Zentren

Aber nur eine kleine Minderheit wird solche Wohnformen pflegen. Neues Wohnen in der alternden Gesellschaft heißt vor allem: Raus aus dem Speckgürtel und rein in die Zentren – sowohl in die dörflichen als auch in die städtischen. Wenn die Kinder aus dem Haus sind oder

man nie welche gehabt hat, wenn man noch Jahrzehnte als Witwe vor sich hat und dabei nicht in einer Neubausiedlung vereinsamen will und wenn der Weg zum Bäcker und zum Arzt nicht mehr so weit und beschwerlich sein soll, dann zieht man wieder dahin, wo andere Menschen dicht beieinander leben und die Infrastruktur stimmt.

Für grüne Politik heißt das: Immer mehr Argumente unterstützen unseren Einsatz gegen Zersiedelung. Dies müssen wir deutlich machen. In den Kommunen muss Innen- vor Außenentwicklung das Planungsprinzip sein. Da müssen sich Verwaltung und Gemeinderat in Zukunft öfter die Mühe machen, viele kleine innerörtliche Brachen zu entwickeln statt den einen Wurf auf dem Acker zu landen, um in Zukunft Einwohner und damit Schlüsselzuweisungen des Landes und Einkommensteueranteile zu sichern. Im Land wollen wir, dass im Landesplanungsgesetz den Kommunen mehr Vorgaben über Flächenausweisungen gemacht werden.

## Öffentliche Mobilität

Die alternde Gesellschaft wird einen guten öffentlichen Verkehr nachfragen. Niemand weiß, wie lange er/sie sich noch auf kurzen oder langen Strecken als Autofahrer sicher fühlt. Zudem gibt es immer viele Frauen, die nie (viel) Auto gefahren sind und verwitwet ein großes Mobilitätsproblem haben. Autonomie im Alter hängt auch daran, ob der öffentliche Verkehr zuverlässig und bequem ist und zu Fuß und mit wenig Stufen erreichbar ist. Auch dies müssen wir vor Ort als kommunale Priorität einfordern. Und Konzepte erarbeiten, wie dies angesichts der zurückgehenden Schülerverkehre, die in vielen Regionen das Rückgrat des ÖPNV bilden, auch finanziert werden kann.

## ► **Barrierefreiheit in der Kommune**

Alexander Geiger

### **am Beispiel Ettlingen**

Die Teilnahme an der Öffentlichkeit soll allen BürgerInnen möglich sein. In Zeiten des beginnenden demografischen Wandels wird deshalb immer öfter von Barrierefreiheit gesprochen. In der Stadt Ettlingen hat man sich diesem Feld verschrieben. Die Idee der Barrierefreiheit zielt auf den Abbau der Schranken, die Menschen an der Teilnahme und Teilhabe am öffentlichen und privaten Leben teilweise oder ganz hindern.

Barrieren bestehen praktisch überall: auf Straßen und Plätzen, in öffentlichen Gebäuden, Schulen und Kindergärten, in Läden, Büros, Arbeitsstätten, Wohnbauten etc..

Barrieren sind Hindernisse, die grundsätzlich jeden Menschen betreffen können. Es hängt jedoch von der einzelnen Lebenssituation ab, ob und wann eine Barriere wirksam wird. Stufen stellen beispielsweise für viele Menschen erst einmal kein Problem dar. Ist allerdings jemand auf Geh-Hilfen angewiesen oder mit dem Kinderwagen unterwegs, wird jede Stufe zum Hindernis, für RollstuhlfahrerInnen oftmals zu einem unüberwindbaren.

Stufen, Treppen, Bordsteine, Kopfsteinpflaster, zu steile Rampen, geringe Türbreiten und zu schmale Gänge, hohe Regale, zu hoch angebrachte Geldautomaten etc., allesamt Barrieren, die Mobilität betreffen können.

Gleichzeitig muss darauf geachtet werden, durch den Abbau von Barrieren keine neuen für eine andere Gruppe aufzubauen. Ein Bordstein stellt für einen Menschen im Rollstuhl eine Barriere dar. Für einen blinden Menschen ist er keine Barriere, sondern unverzichtbarer Informationsträger („hier beginnt die Straße“).

Die Stadt Ettlingen hat sich vorgenommen, die Grünphasen von Ampelanlagen zu verlängern, Aufzüge mit akustischem Signal für blinde und sehbehinderte Menschen auszustatten und Schreibtelefone und GebärdensprachdolmetscherInnen für hörgeschädigte Menschen zur Verfügung zu stellen. Diese Projekte wurden teilweise schon realisiert.

Ein weiteres wichtiges Feld ist der Zugang zu den Internetseiten von Ettlingen.

Ziel der Stadt Ettlingen ist es, die Internetseiten so zu gestalten, dass jede/r BenutzerIn sie gleichermaßen gut lesen kann, egal ob er/sie alt oder jung ist, ob er/sie behindert ist oder nicht. Gleichzeitig sollen die Seiten aber auch graphisch ansprechend und technisch modern sein. Bereiche der Barrierefreiheit die bei der Stadt Ettlingen bei der Entwicklung des neuen Internetauftrittes im Vordergrund standen sind: ist die Schriftgröße groß genug, sind die Farbkombinationen gut zu lesen, ist die Navigation übersichtlich gehalten (nicht mehr als 8 Punkte), haben Bilder und Links jeweils eine Beschreibung.

Da das Ziel vollständiger Barrierefreiheit schwierig zu erreichen ist, spricht Ettlingen derzeit von einem barrierearmen Internetauftritt.



## ► **Eine von vielen demografischen Veränderungen - Steigende Zahl von Menschen mit Behinderungen**

Hans-Peter Behrens

Die Anzahl der Menschen mit Behinderungen in unserer Gesellschaft nimmt stetig zu. Das statistische Bundesamt gab die Zahl der registrierten Schwerbehinderten (Grad > 50%) für Ende 2005 mit 6,7 Millionen an. Die Gesamtzahl der Menschen mit Behinderungen wird auf 10% der Bevölkerung geschätzt, also mehr als 8 Millionen und ist somit wichtiger Bestandteil der demografischen Entwicklung. Die Ursachen für den Anstieg der Zahlen sind vielfältig: Hauptauslöser (ca. 80%) für Behinderungen sind allgemeine Krankheiten,

gefolgt von angeborenen Behinderungen (ca. 5%), Unfällen sowie Kriegs- und Wehrdienstschäden. Die moderne Medizin fördert das Überleben und das lange Leben von Menschen. Dank Fortschritten in der Medizin können auch immer früher geborene Kinder überleben. Doch dies hat auch eine Kehrseite: Diese Kinder sind oftmals behindert.

Bei den krankheitsbedingten Ursachen für Behinderungen ist ein großer Teil Herz-Kreislaufkrankungen zuzuschreiben und ein rasanter Anstieg der psychischen Erkrank-

kungen festzustellen. Ein Zusammenhang mit den zunehmenden Stressfaktoren im Alltagsleben ist offensichtlich.

Die Betrachtung des Themas wird erschwert durch unterschiedliche Definitionen von Behinderungen und fließenden Übergängen zu Krankheiten. Oft wird dabei übersehen, dass ein Großteil der Menschen mit schweren Behinderungen nicht in Behinderteneinrichtungen sondern in Pflegeheimen und Psychiatrien zu finden ist.

Nach Schätzung von Experten stieg in den vergangenen fünf Jahren der Bedarf an ambulanter Hilfe durch Menschen mit Behinderung um 35 Prozent, bei der stationären Betreuung um ca. 17 Prozent an. Im Jahre 2010 werden in Wohnheimen der Behindertenhilfe mindestens 30 Prozent der dort lebenden Menschen über 65 Jahre alt sein, mehr als doppelt so viele wie 2005.

Welche politischen Konsequenzen sind durch die wachsende Zahl von behinderten bzw. schwerstbehinderten Menschen zu treffen? Es muss mehr für integrative Kindergärten und Schulen getan werden. Barrierefreiheit ist unabdingbare Bedingung für alle öffentlichen Bereiche. Ausbildung und Beruf darf

Behinderten nicht verschlossen bleiben. Viele dieser Notwendigkeiten sind auf kommunaler Ebene zu regeln, damit sich auch diese 10% der Bevölkerung in der Mitte der Gesellschaft bewegen können.

Die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen wurde durch die Verwaltungsreform in Baden-Württemberg den Kommunen zugewiesen. Durch die steigenden Fallzahlen werden deren Haushalte empfindlich strapaziert. Insofern ist die Unterstützung der Behinderten zugegebener Weise ein permanenter Drahtseilakt.

Viele Verantwortliche suchen die Lösung der Probleme in dem Angebot von "ambulanten" Hilfen. Was sicherlich in vielen Bereichen ein Teil der Lösung sein kann.

Über persönliche Budgets sollen zukünftig Menschen mit Behinderungen auch die Möglichkeit haben sich selber individuelle Lösungen in ihrem Umfeld zu gestalten.

Die Diskussion dreht sich in der Regel um den Umgang mit bereits behinderten Menschen. Es fehlt allerdings die gesellschaftliche Auseinandersetzung über die Ursachen für viele Behinderungen: Dies sind unter anderem Umwelteinflüsse und Umweltgifte sowie Stressfaktoren, z.B. Mobbing am Arbeitsplatz.

Viele Schädigungen wären vermeidbar, wenn sich unsere Gesellschaft diesen Ursachen stellen würde. Beispiel einer einfachen Präventionsmaßnahme: Weniger Unfallbehinderte durch Tempolimits.



Andreas Hammer

## Demografischer Wandel und Fachkräftemangel

In der Diskussion um den demografischen Wandel wird häufig ein Fachkräftemangel prognostiziert. Diese Prognose erfüllt sich dann, wenn man von verschiedenen Szenarien der Bevölkerungsentwicklung extreme Varianten herausgreift und Vereinfachungen vornimmt. Das Arbeitsangebot hängt nicht nur von der demografischen Entwicklung, sondern auch von der Entwicklung der Arbeitsnachfrage ab.

### Arbeitsangebot

Die Krisenszenarien nehmen an, dass eine abnehmende Bevölkerung zu einem abnehmenden Erwerbspersonenpotenzial führt, welches wiederum ein abnehmendes Angebot an Arbeitskräften zur Folge hat. Die Hartz-Kommission hat 2002 für das Jahr 2015 das Fehlen von sieben Mio. Erwerbspersonen vorausgesagt. Nimmt man aber von seriösen Untersuchungen die mittleren Prognosevarianten, so ergibt sich je nach Annahmekombination bis 2020 ein Niveau wie im Jahr 2000 und danach ein Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials. Bis 2020 wird es also auf breiter Front keinen Ar-

beitskräftemangel geben, jedoch regionale Unterschiede in der demografischen Entwicklung und der Erwerbsbeteiligung. Neben diesem quantitativen mismatch wird auch der qualitative mismatch zu beachten sein. Die Sparpolitik von Unternehmen und öffentlicher Hand in der Bildungspolitik vergrößert die qualifikatorischen Lücken und damit auch die Exklusion von Geringqualifizierten. Darauf ist der aktuelle Fachkräftemangel zurückzuführen, nicht auf die sinkende Bevölkerungszahl.

Auch bei den Meldungen der Wirtschaftsverbände wird schnell die bequeme Schlussfolgerung „Demografischer Wandel“ gezogen. Aus längeren Suchzeiten der Arbeitgeber bei Stellenbesetzungen wird auf einen Fachkräftemangel und daraus auf einen allgemeinen Arbeitskräftemangel geschlossen. Die Arbeitgeber sind es aus Jahren der Massenarbeitslosigkeit gewohnt, auf eine offene Stelle viele Bewerberangebote zu bekommen. Dies ist aber nicht notwendig, um die Stelle zu besetzen, weshalb auch nicht bei geringer Bewerber-

zahl pro Stelle sofort von einem Fachkräftemangel gesprochen werden kann. Weiterhin gibt es ein hohes Niveau von Unterbeschäftigung, u.a. wegen unfreiwilliger Teilzeitarbeit oder Frühverrentung.

Außerdem sollte eine Verknappung von Arbeitskräften zu höheren Löhnen führen. Dies ist selbst bei Fachkräften gegenwärtig kaum zu erkennen. Höhere Löhne verändern die Verteilungs- und Machtposition der Arbeitgeber. Daran werden die unterschiedlichen Interessenlagen der Arbeitsangebot- und Arbeitsnachfrageseite deutlich.

Falsch sind deshalb schnelle und tief greifende Maßnahmen zur Steigerung des Arbeitsangebots, solange die Arbeitsmarktentwicklung ungünstig ist.

### Arbeitsnachfrage

Wegen des Trends zu kleineren Haushalten ist der Rückgang der Arbeitsnachfrage nicht so stark wie der Rückgang der Bevölkerung (zwei Ein-Personen-Haushalte fragen mehr nach als ein Zwei-Personen-Haushalt). Aufgrund des sinkenden Renteniveaus und der

>>> weiter S. 14

Ungleichverteilung von Vermögen hat die Einkommenssituation einen größeren Einfluss auf die Arbeitsnachfrage als die Altersstruktur auf den Konsum. Rationalisierung und Technisierung reduzieren ebenfalls das Arbeitsvolumen. Schon wegen der geringeren Rentenzahlungen

wird eine größere Zahl Älterer länger arbeiten wollen und müssen. Ob sie es können oder dürfen ist die zu klärende Frage.

**Fazit:** Weder auf der Seite der Arbeitsnachfrage noch des Arbeitsangebots ist in den nächsten Jahren von einem höheren Fachkräfte-

mangel durch einen demografischen Wandel auszugehen. Realistischer ist eine weiter andauernde Massenarbeitslosigkeit bzw. Unterbeschäftigung und Beschäftigung in prekären Arbeitsverhältnissen.

## Das Grüne Pflegekonzept \* \* \*

Ursula Häffner

### Pflege und Wandel

2,1 Millionen Menschen erhalten im Moment Leistungen aus der Pflegeversicherung. Die Bundesregierung geht davon aus, dass es in 30 Jahren doppelt so viele sein werden. Dabei spielen mehrere Entwicklungen zusammen: Unsere Lebenserwartung steigt und damit die Anzahl von „Hochbetagten“ über 85 Jahren, einer Bevölkerungsgruppe, die heute zu 40% pflegebedürftig ist. Gleichzeitig lassen wachsende Mobilität, Berufstätigkeit von Frauen, die bisher 80% der pflegenden Angehörigen ausmachen, und der Trend zu Single-Haushalten die Pflege innerhalb der Familie als Auslaufmodell innerhalb der Leistungsgesellschaft erscheinen. Was sich schlecht voraussagen lässt, ist der medizinische Fortschritt der nächsten Jahrzehnte – sollte der Durchbruch bei der Vorbeugung und Behandlung von Demenz gelingen, würden sich die Zahlen stark verändern.

### Finanzierung

Die wachsenden Kosten für die Pflege werden von einer prozentual schrumpfenden Erwerbsbevölkerung getragen werden müssen – es stellt sich die Frage nach der nachhaltigen Finanzierbarkeit der Pflegeversicherung.

Obwohl als mit Abstand jüngste der Sozialversicherungen erst 1995 eingeführt, wurde der historische Fehler der Krankenversicherung wiederholt und ein Zweiklassensystem der Finanzierung geschaffen: gesetzlich Krankenversicherte zahlen 1,7 bzw. bei Kinderlosen 1,95% ihres Erwerbseinkommens in die Soziale Pflegeversicherung

ein, privat Krankenversicherte finanzieren durch Prämienzahlungen die Private Pflegeversicherung. Anders als bei der Krankenversicherung sind die Leistungen beider Versicherungen im Pflegefall gleich. Dennoch konnte die Private Pflegeversicherung bis 2006 Rücklagen von 15 Milliarden Euro bilden, während die Soziale Pflegeversicherung so gut wie pleite ist: Sie muss pro Mitglied durchschnittlich viermal so hohe Kosten schultern. Chronisch Kranke mit entsprechend hohem Risiko, später zum Pflegefall zu werden, werden von der Privaten Kranken- und damit Pflegeversicherung abgelehnt. Und es gibt eindeutig Zusammenhänge zwischen Bildungsstand, Einkommen, sozialem Status und Gesundheit, z.B. bei der frühen Erkennung und Behandlung von Pflege-Risikofaktoren wie Diabetes und hohem Blutdruck. Man kann also davon ausgehen, dass sich die einkom-

mensstärksten zehn Prozent der Bevölkerung nicht an der solidarischen Finanzierung der Pflege beteiligen.

Das von Bündnis90/Die Grünen entwickelte Pflegekonzept will das ändern und sieht eine Bürger-Pflegeversicherung für alle Bevölkerungsgruppen vor, die auch alle Einkommensarten für die Beitragsberechnung heranzieht. Eine zusätzliche Demografieabgabe von 0,5% soll Finanzreserven für die prognostizierten schlechten Zeiten ansammeln. Trotz dieser Umfinanzierung darf eine Erhöhung der Versicherungsbeiträge bis zu 2,5% kein Tabu sein - wenn dadurch die Qualität der Pflege verbessert wird.

### Mehr als satt und sauber

Prävention vor Rehabilitation, Rehabilitation vor Pflege, ambulante vor stationärer Pflege – das sind Grundsätze des Pflegekonzepts, das die Grüne Bundestagsfraktion 2006 erarbeitet hat.

>>> weiter S. 15



Als Leitsätze zwar ähnlich in der Pflegeversicherung verankert, aber von der konkreten Ausgestaltung nicht gestützt: präventive Maßnahmen werden zu wenig finanziert, die Pflegesätze der Pflegestufen 1 und 2 liegen für ambulante Pflege viel niedriger als für die stationäre Pflege. Die Folge ist eine langsame, aber stetige Tendenz hin zur Heimunterbringung.

Wir Grünen wünschen uns Lösungen, die individueller als bisher auf den einzelnen Nutzer zugeschnitten sind und ihm ein Leben mit größtmöglicher Selbstbestimmtheit erlauben. Dazu muss der Begriff der Pflegebedürftigkeit neu definiert werden und stärker als bisher psychische und soziale Komponenten beinhalten. Die starren drei Pflegestufen müssen einer flexiblen Bewertung weichen, der starre Gegensatz von ambulanter und stationärer Pflege einem Mix an Möglichkeiten, Zwischenformen und alternativen Wohnformen. Prävention und Rehabilitation sollen größeres Gewicht bekommen.

Um pflegende Angehörige zu entlasten, schlägt das Grüne Konzept eine gesetzliche Pflegezeit von bis zu drei Monaten vor. Diese relativ kurze Zeitspanne ist für die eigent-

liche Pflege nicht ausreichend, soll den Angehörigen aber Gelegenheit geben, die Pflege so zu organisieren, dass sie langfristig mit ihrer Berufstätigkeit vereinbar ist - oder auch Sterbende zu begleiten. Während der Pflegezeit besteht der Anspruch, an den ursprünglichen Arbeitsplatz zu den ursprünglichen Bedingungen zurückzukehren. Ein steuerfinanzierter Lohnersatz von 50% des Nettogehalts (mindestens 300, höchstens 1000 Euro) soll die Pflegezeit für alle Einkommensgruppen finanzierbar machen. Die Fraktion rechnet dabei mit Kosten von 200 Millionen Euro pro Jahr. Wichtig ist die Öffnung der Pflegezeitregelung für Personen ohne verwandtschaftliche Beziehung zum Pflegebedürftigen, für Freunde oder Nachbarn, für jeden, der sich per eidesstattlicher Erklärung verpflichtet, die Organisation der Pflege zu übernehmen und dazu die Einverständniserklärung des Pflegebedürftigen vorweisen kann: „Familie ist, wo Verantwortung übernommen wird.“

#### **Die Pflegereform**

Eine Reform der Pflegeversicherung, offiziell „Pflege-Weiterentwicklungsgesetz“, war im Herbst 2007 in erster Lesung im Bundes-

tag und soll bis zum 1.7.08 in Kraft treten. Der Entwurf enthält Positives: deutlich mehr Leistungen für Demenzzranke und eine Erhöhung der Pflegesätze in der ambulanten Pflege (und der stationären Pflege der Stufe 3), die nach 13 Jahren dringend nötig ist und die finanzielle Besserstellung der stationären Versorgung zumindest verringert. Andere Punkte decken sich nur auf den ersten Blick mit grünen Forderungen: eine Pflegezeit von sechs Monaten mit Arbeitsplatzgarantie, aber ohne Lohnersatz werden nur Besserverdienende nutzen können. Zudem fehlt eine zukunftsweisende Öffnung der Regelung für Freunde, Nachbarn, ehrenamtlich Engagierte.

Der große Schwachpunkt: Wegen unüberbrückbarer Differenzen zwischen den Regierungsparteien wurde eine Reform der Finanzierung nicht angepackt. Die geplante Erhöhung der Beiträge um 0,25 Prozent wird vermutlich bis 2015 tragen, bringt aber weder mittelfristig noch nachhaltig Finanzsicherheit und lässt zu wenig finanziellen Spielraum für strukturelle Verbesserungen. Das Gerechtigkeitsproblem bleibt weiterhin unangetastet.

Ursula Häffner

### **> Hausgemeinschaften in der stationären Altenpflege - das Seniorenhaus Kraichtal**

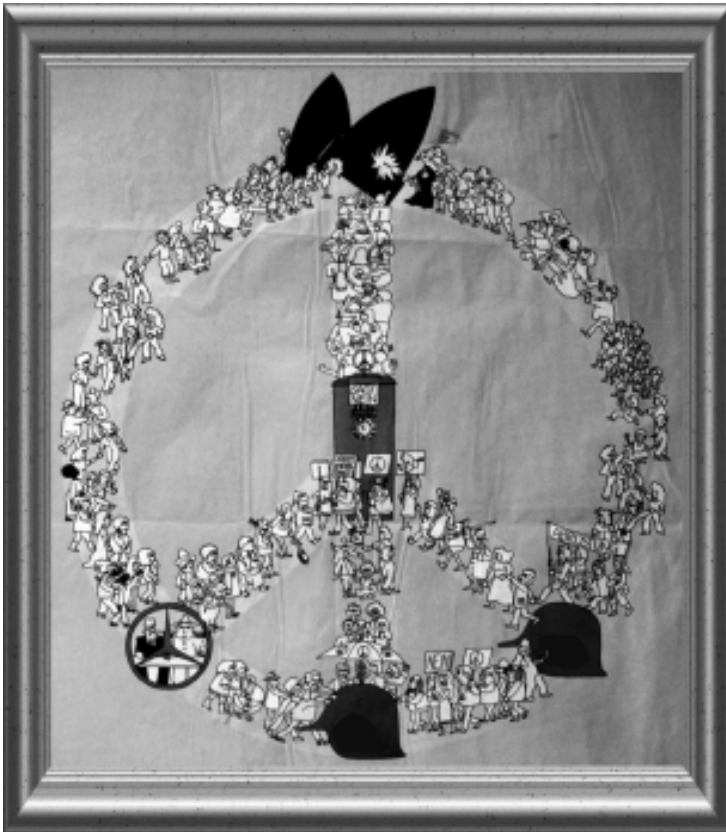
Die Diskussion um alternative Wohnformern im Alter wirkt zurück auf die Pflegeheime: Seit 2006 betreut das Seniorenhaus der Diakonie Kraichtal im Ortskern von Münzesheim bis zu 36 alte Menschen in drei Hausgemeinschaften. Mittelpunkt jeder Hausgemeinschaft ist die Wohnküche, in der gemeinsam gekocht und gegessen, geredet und der Alltag geplant wird. Als Rückzugsbereich steht jeder BewohnerIn ein 25 m<sup>2</sup> großes, individuell eingerichtetes Zimmer mit Bad zur Verfügung. Eine Pflegestation im Haus funktioniert ähnlich der ambulanten Pflege, während den

Hauptteil der Betreuung und Organisation so genannte PräsenzmitarbeiterInnen übernehmen. Dabei können sich die alten Menschen jederzeit und je nach Lust und Fähigkeiten einbringen, vom Mit-Kochen bis zur Mit-Betreuung der MitbewohnerInnen.

Förderung durch möglichst viel Alltagsnormalität – ein völlig anderer Ansatz als die Vollversorgung in Pflegeheimen der ersten Generation, in denen Eigeninitiative der Senioren im schlimmsten Fall als den reibungslosen Ablauf störend unterdrückt wird, im besten Fall der Be-

schäftigungstherapie vorbehalten bleibt.

Noch weiter gehen einzelne Mehrgenerationen-Projekte, die von Beginn an Pflege-Wohngemeinschaften in die Wohnprojekte integrieren. Werden die Bewohner pflegebedürftig, können sie innerhalb der gewohnten Umgebung und Nachbarschaft in die betreuten Wohnungen umziehen, gleichzeitig wird die Wohngemeinschaft zum Pflegestützpunkt für Senioren in benachbarten Wohnungen, die sich noch alleine versorgen können. Liegt die Zukunft der Pflegeheime in der Auflösung der Pflegeheime?



**Demoaufruf Plakat von 1984**

# **ACHTUNG ...**

# **DEMO**grafischer Wandel ...

# ... immer weniger **DEMO**nstrantInnen !

---

**Herausgeberin:**

Bündnis 90/Die Grünen, 13.4.2008

Kreisverbände Karlsruhe Stadt, Karlsruhe-Land, Ettlingen, Rastatt/Baden-Baden

Redaktion: Hans-Peter Behrens, Ruth Birkle, Inge Brake-Zinecker, Alexander Geiger, Ursula Häffner, Andreas Hammer, Sylvia Kotting-Uhl, Andrea Lindlohr, Ulrike Maier, Renate Rastätter, Jörg Rupp, Barbarita Schreiber

Redaktionsadresse: Regionalbüro Mittlerer Oberrhein Bündnis 90/Die Grünen, Sophienstraße 58, 76133 Karlsruhe, Fon.: 0721-2031232, [www.gruene-karlsruhe.de](http://www.gruene-karlsruhe.de), [buero.karlsruhe@gruene.de](mailto:buero.karlsruhe@gruene.de)

Layout und Fotos: Ruth Birkle, [crakle.de](http://crakle.de)

Druck: Doris Schmitt, Karlsruhe

Karlsruhe, 13.4.08

